

Beiträge zur Politischen Wissenschaft

---

Band 186

# Der Begriff der Anerkennung und seine politische Bedeutung

Versuch einer theoretischen Ausdifferenzierung

Von

Martin Correll



Duncker & Humblot · Berlin

MARTIN CORRELL

Der Begriff der Anerkennung und seine politische Bedeutung

Beiträge zur Politischen Wissenschaft

Band 186

# Der Begriff der Anerkennung und seine politische Bedeutung

Versuch einer theoretischen Ausdifferenzierung

Von

Martin Correll



Duncker & Humblot · Berlin

Die Philosophische Fakultät und Fachbereich Theologie  
der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hat diese Arbeit  
im Jahre 2014 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2016 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde  
Druck: buchbücher.de gmbh, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0582-0421  
ISBN 978-3-428-14818-9 (Print)  
ISBN 978-3-428-54818-7 (E-Book)  
ISBN 978-3-428-84818-8 (Print & E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. Einleitung</b> .....	7
<b>B. Liberalismus in der Kritik – Theorien der Anerkennung</b> .....	15
I. Das liberale Narrativ in der Kritik .....	15
II. Grundzüge der Anerkennungstheorie – Axel Honneth .....	20
1. Anerkennung nach Hegel und Mead .....	20
2. Drei Anerkennungsformen: Liebe, Recht, Solidarität .....	22
3. Persönliche und politische Folgen von mangelnder Anerkennung ..	28
4. Fazit und Kritik: Der Kampf um Anerkennung als Prinzip mora- lischen Fortschritts? .....	32
III. Multikulturalistische Ansätze – Charles Taylor und Will Kymlicka ...	35
1. Multikulturalismus im nordamerikanischen Kontext .....	35
2. Charles Taylors Politik der Anerkennung .....	36
3. Will Kymlickas Multikulturalismus .....	41
4. Fazit und Kritik: Die Fixierung auf rechtliche Anerkennung .....	47
IV. Die Politik der Differenz – Iris Marion Young .....	50
1. Kritik am Liberalismus – Verteilung versus Anerkennung .....	50
2. Die Unterdrückung von sozialen Gruppen .....	52
3. Die Politik der Differenz .....	56
4. Fazit und Kritik: Gruppen oder Individuen? Rechte oder Anerken- nung? .....	59
V. Zwischenfazit: Die Ambivalenz der Anerkennung .....	63
<b>C. Der Begriff der Anerkennung im politischen Sinn</b> .....	65
I. Methodische Vorüberlegung: Begriffsanalyse nach Giovanni Sartori ..	65
1. Die Komplexität der Begriffsbestimmung .....	65
2. Die Willkür der Definition .....	67
3. Wörter als Erfahrungsträger .....	70
II. Der Begriff der Anerkennung und seine Bedeutung .....	71
1. Analytische Vorgehensweise .....	71
2. Der Begriff der Toleranz .....	75
a) Ein kurzer (ideen-)geschichtlicher Hintergrund .....	75
b) Rechtsgültigkeit und Ablehnungskomponente .....	77
c) Objekte der Toleranz und Machtbeziehungen .....	79
d) Der Versuch der Verbindung von Toleranz und Anerkennung ..	82
3. Der Begriff des Respekts .....	86
a) Ideengeschichtlicher Hintergrund .....	86

b) Respekt als universelle Moralnorm . . . . .	88
c) Respekt als bi-personale Struktur der Anerkennung . . . . .	89
4. Der Begriff der Anerkennung . . . . .	91
a) Lexikalische und etymologische Annäherung an den Begriff . . . . .	91
b) Fundamentalität und Reziprozität . . . . .	93
c) Affirmation und Wirkung . . . . .	96
d) Der Versuch einer positiven Bestimmung von Anerkennung . . . . .	97
III. Die politischen Dimensionen der Anerkennung . . . . .	99
1. Drei Anerkennungsgegenstände – Personenstatus, Identität, Leistung . . . . .	99
a) Die Anerkennung als Person . . . . .	101
b) Die Anerkennung als Identitätsträgerin . . . . .	107
c) Die Anerkennung als Erbringer von Leistungen . . . . .	116
2. Drei Anerkennungsquellen – Staat, Gesellschaft, Mitbürgerinnen . . . . .	122
a) Staatlich gewährte Anerkennung . . . . .	123
b) Gesellschaftliche Anerkennung . . . . .	130
c) Bürgerschaftliche Anerkennung . . . . .	136
3. Anerkennungsmittel – Rechte, Verteilung, Wertschätzung . . . . .	143
a) Rechte als „Währung“ der Anerkennung . . . . .	144
b) Güterverteilung als Anerkennung . . . . .	152
c) Soziale Wertschätzung als symbolische Anerkennung . . . . .	158
IV. Fazit: Anerkennung in freiheitlichen Demokratien . . . . .	166
1. Eine idealtypische Schematisierung der politischen Dimensionen von Anerkennung . . . . .	166
2. Die Schematisierung als Hilfsmittel der Kritik . . . . .	166
3. Die Möglichkeit multidimensionaler Kompensation . . . . .	169
<b>D. Schluss . . . . .</b>	<b>179</b>
<b>Literaturverzeichnis . . . . .</b>	<b>182</b>
<b>Sach- und Personenregister . . . . .</b>	<b>189</b>

## A. Einleitung

„Da die *Anerkennung* der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet [...] verkündet die Generalversammlung die vorliegende ‚Allgemeine Erklärung der Menschenrechte‘ [...].“<sup>1</sup> Mit diesen Worten beginnt das globale Gründungsdokument der Nachkriegswelt, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Der Begriff „Anerkennung“ steht dabei nicht nur ganz am Anfang, sondern wird zudem mit den philosophisch, ideengeschichtlich und realhistorisch äußerst wirkmächtigen Konzepten der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens verknüpft und im Verbund mit den Gegenständen der Anerkennung – Würde und Rechte – als deren Grundlage bezeichnet. Der Akt der Anerkennung scheint also in diesem umfassenden politischen Kontext von höchster Relevanz zu sein. Dennoch bleibt unklar, was dies eigentlich bedeutet. Wer wird anerkannt? Menschen, Personen oder ideelle Konstrukte? Wer erkennt an? Die Generalversammlung, alle Menschen oder die jeweiligen Unterzeichnerstaaten? Und womit wird anerkannt? Durch die Erklärung selbst, durch garantierte Rechtssicherheit oder durch guten Willen? All diese Fragen lösen sich auch dann nicht auf, wenn man den Blick auf den Alltagsgebrauch des Begriffes lenkt. Oft wird „Anerkennung“ im Zusammenhang mit dem Lob oder der Wertschätzung besonderer Leistungen verwendet. Doch dies kann im obigen Fall gerade nicht die passende Bedeutung sein, da die Menschenrechte allen Menschen unabhängig von deren Verhalten zukommen sollen. Häufig wird außerdem die Wendung „einen Staat anerkennen“ im Bereich der Internationalen Beziehungen gebraucht. Hier scheint der Terminus zunächst auf die bloße Existenz eines territorial begrenzten und politisch organisierten Gebildes zu referieren, ohne damit normative Annahmen zu machen. Bei genauerer Betrachtung steckt jedoch bereits mehr dahinter: Die Anerkennung eines Staates generiert bereits bestimmte Verpflichtungen, die sich über die Bereiche des internationalen Rechts und des Völkerrechts erstrecken und somit allgemein akzeptierten Normen genügen müssen.

---

<sup>1</sup> Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, abrufbar unter [www.un.org/depts/german/grunddok/ar217a3.html](http://www.un.org/depts/german/grunddok/ar217a3.html), Stand: 28.02.2014 [Hervorhebung durch den Verfasser].



Schon diese kleine Auswahl an Beispielen illustriert die Schwierigkeiten, die sich hinter der Verwendung des Begriffs der Anerkennung verbergen. Dies wird insbesondere dann problematisch, wenn man erkennt, dass nicht nur die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, sondern auch eine Vielzahl von anderen, komplexen politischen Phänomenen in ihrer theoretischen Evaluation vom Begriff der Anerkennung abhängen. Will man diese also wissenschaftlich anhand des Anerkennungsbegriffs in ihrer politischen Bedeutung erfassen und auf ihren normativen Gehalt hin analysieren, reicht die vage Zuschreibung bestimmter inhaltlicher Elemente nicht aus; vielmehr wird eine möglichst exakte Annäherung nötig.

Wer sich jedoch mit dem philosophischen Begriff der Anerkennung beschäftigt, benötigt nicht nur theoretische Ausdauer, sondern auch die Fähigkeit, sich von keiner Seite vereinnahmen zu lassen. Denn genau wie viele andere prägende Konzepte der westlichen Ideengeschichte ist der Terminus sowohl von einer Vielzahl von Ambivalenzen, als auch gleichzeitig von der engen Verknüpfung mit einer ganz bestimmten philosophischen Richtung geprägt. Trotz der inhärenten Definitions- und Konkretisierungsschwierigkeiten wird er zumeist in eine geistige Tradition gestellt, die für sich theoretisch-logische Kohärenz beansprucht. Dies lässt sich mindestens bis zu einer der prägenden Figuren des deutschen Idealismus, Georg Wilhelm Friedrich Hegel, zurückverfolgen. Anhand von Anerkennungsstrukturen versuchte dieser, die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft zu erklären. Im Zentrum steht dabei der intersubjektive Kampf um Anerkennung, bei dem sich das freie Subjekt jedoch erst dialogisch konstituiert. Als berühmt gewordene Analogie lässt Hegel Herrn und Knecht auftreten, die im Kampf um Leben, Tod und Unterwerfung der gegenseitigen Abhängigkeit gewahr werden und in einer konstanten dialektischen Dynamik zur Freiheit finden.<sup>2</sup> Auch Hegels Zeitgenosse Johann Gottlieb Fichte beschäftigte sich intensiv mit dem Begriff der Anerkennung, wenn auch vor allem auf Rechtsverhältnisse beschränkt. Die wechselseitige Akzeptanz der Freiheit des Anderen verwandelt demnach die Protagonisten in Rechtssubjekte, deren soziale Existenz und Selbstbewusstsein voneinander abhängig sind.<sup>3</sup> Diese – vor allem hegelianische – Tradition wieder aufnehmend, machte sich Anfang der 1990er Jahre der Frankfurter Philosoph Axel Honneth einen Namen, als er das Kampfmotiv aufgriff und als Bewegungsprinzip des sozialen und moralischen Fortschritts moderner Gesellschaften beschrieb. Dabei übernahm er Hegels Differenzierung der drei Anerkennungssphä-

<sup>2</sup> Vgl. *Hegel*, Georg Wilhelm Friedrich: *Phänomenologie des Geistes*, Werke 3, Frankfurt a. M. 1986, S. 145–155.

<sup>3</sup> Vgl. *Fichte*, Johann Gottlieb: *Grundlage des Naturrechts nach Principien der Wissenschaftslehre*, Jena/Leipzig 1796, in: *Ders.: Werke 1794–1796*, hrsg. von Reinhard Lauth und Hans Jacob, Bd. 3, Stuttgart/Bad Cannstatt 1966, S. 352–360.

ren – Liebe, Recht, Solidarität – und versuchte daran zu zeigen, wie das eigene Selbstverhältnis existenziell von der Anerkennung anderer abhängt.<sup>4</sup> Im Anschluss daran ergab sich eine bemerkenswerte Verfeinerung der akademischen anerkenntnisorientierten Überlegungen, die bis heute anhält. Gemeinsam ist den vielfältigen Auseinandersetzungen mit dem Anerkennungsbegriff jedoch Folgendes: Immer verstehen sich die Verfechter dieser Art, gesellschaftliche Strukturen zu denken, als Gegenpole zu der in verschiedenen Spielarten vermeintlich vorherrschenden politisch-philosophischen Richtung des Liberalismus. Bereits Hegel sah sein System als Gegenentwurf zu liberalen Vertragstheorien, wie sie beispielsweise von John Locke oder Immanuel Kant formuliert wurden. Gegen die Idee, ein isoliertes, atomistisches Subjekt in einen hypothetischen Naturzustand zu versetzen, um die Notwendigkeit einer Gesellschaftsbildung zu begründen, stellte er eine zwar weiterhin abstrakte Situation der wechselseitigen Anerkennung, die jedoch einen wesentlich plausibleren Ausgangspunkt in der Entwicklung politischer Ordnungen darstellen sollte. Auch Honneth ist der Meinung, mit dem anerkenntnisbasierten Modell, das bei ihm und anderen immer auch in Opposition zu dem von John Rawls entwickelten politischen Liberalismus<sup>5</sup> steht, nicht nur die Entstehungs- und Funktionsweise, sondern auch die Pathologien und Ungerechtigkeiten moderner Gesellschaften besser erklären zu können.

In der vorliegenden Arbeit soll jedoch weder die eine, noch die andere Strömung als grundlegende Orientierungshilfe dienen. Vielmehr ist hier das Ziel, den Begriff der Anerkennung theoretisch in all seinen politischen Dimensionen zu erfassen, zu problematisieren und auszudifferenzieren. Denn angesichts der relativ starken Lagerbildung ist es erstaunlich, dass der Terminus sich in höchst unterschiedlichen Verwendungen im Umlauf befindet. Unklar ist beispielsweise häufig, welchen phänomenologischen Status Anerkennung besitzt. Handelt es sich um eine basale Struktur menschlicher Beziehungen, wie in der hegelianischen Tradition betont? Oder steht der Begriff zunächst einmal für ein epistemologisches Konzept, das sich auf das „Für-wahr-halten“ eines Sachverhaltes bezieht? Meist wird der Anerkennung jedoch auch eine moralische Komponente zugeschrieben – entweder in Appell- oder in Postulatsform – und somit als Bestandteil einer philosophischen Ethik betrachtet, die auch politische Relevanz entfalten kann.<sup>6</sup> Des Weiteren scheint kaum zwischen unterschiedlichen Quellen, Adressaten und

---

<sup>4</sup> Vgl. *Honneth*, Axel: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt a. M. 1994.

<sup>5</sup> Vgl. *Rawls*, John: *A Theory of Justice*, Harvard 1971 und Ders.: *Political Liberalism*, New York 1993.

<sup>6</sup> Vgl. dazu beispielsweise *Schmetkamp*, Susanne: *Respekt und Anerkennung*, Paderborn 2012, S. 111–114.

Mitteln der Anerkennung differenziert zu werden. Gerade in einem politisch so wirkmächtigen Strang der akademischen Anerkennungstheorie wie dem Multikulturalismus wird zumeist ohne explizite Begründung von einer einseitigen, durch staatliche Organe verteilten und per Rechtstransfer verwirklichten Wertschätzung der kulturellen Besonderheiten von Individuen und Gruppen ausgegangen. In dieser Arbeit soll jedoch gezeigt werden, dass sich Anerkennungsbeziehungen durchaus mehrdimensional über verschiedene Ebenen der politischen Praxis erstrecken und somit auch mit erweitertem Fokus analysiert werden müssen.

Die vorliegende Arbeit widmet sich also der Aufgabe, den Begriff der Anerkennung theoretisch zu analysieren und dessen politisch-philosophische Grundbedeutung sowie seine relevanten politischen Dimensionen innerhalb eines Gemeinwesens herauszuarbeiten. Methodisch wird dabei auf verschiedene Instrumente zurückgegriffen, die geeignet sind, einen ambivalenten Begriff einzugrenzen. Zunächst wird eine detaillierte Auseinandersetzung mit prominenten Vertreter\_innen<sup>7</sup> der Anerkennungstheorie den diskursiven Rahmen abstecken, in dem die akademische Anwendung des Terminus zumeist stattfindet. Diese Analyse soll zudem erste Ergebnisse hinsichtlich der mangelhaften Ausdifferenzierung des Konzepts im Bereich des Politischen generieren. Die ausgewählten Theoretiker\_innen – Axel Honneth, Charles Taylor, Will Kymlicka und Iris Marion Young – werden also zum einen als standortbestimmende Fixpunkte vorgestellt, die den weiteren Verlauf der Arbeit begleiten, zum anderen aber auch einer kritischen Überprüfung unterzogen, um so die begriffslogischen Lücken ihrer Überlegungen offenzulegen. Auf die Diagnose der theoretischen Unterbestimmtheit folgt dann der erste Versuch, den Begriff zu definieren und damit nutzbar für die weitere Analyse zu machen. In Anlehnung an die Ausführungen von Giovanni Sartori wird hier zunächst mit der Methode gearbeitet, den Begriff mit anderen, verwandten Begriffen zu vergleichen und voneinander abzugrenzen. Nach dieser Definition *ex negativo* kann – gestützt durch die einschlägige Literatur – ein Vorschlag zur positiven Bedeutungszuschreibung des Ausdrucks unterbreitet werden. Diese, noch auf einer grundlegenden philosophischen Ebene operierende Ausführung stellt jedoch nur die notwendige Vorarbeit für die ebenso wichtige Ausdifferenzierung des Begriffs in seiner politischen Bedeutung dar. Wie zu zeigen sein wird, bewirkt gerade die in der bisherigen Debatte mangelhafte Unterscheidung der politischen Dimensionen von Anerkennung häufig Verwirrung hinsichtlich normativer Bewer-

---

<sup>7</sup> Im Folgenden werden Nennungen, die explizit mehrgeschlechtlich angelegt sind, durch diese Schreibweise repräsentiert. Bei allgemeinen Bezeichnungen werden die maskulinen und femininen Endungen in loser Folge abgewechselt, um so für beide Verwendungen deutlich zu machen, dass alle Geschlechter gemeint sind.

tungskriterien. Denn wenn man die anerkennungsrelevanten Protagonisten sowie deren Mittel und Ausdrucksweise genauer und trennschärfer differenziert, lassen sich Gerechtigkeitsdefizite einer politischen Ordnung exakter lokalisieren und dadurch womöglich auch angemessen kritisieren.

Die These, für die in dieser Arbeit argumentiert werden soll, besteht aus vier Teilen. Zuerst soll in der Beschäftigung mit den verschiedenen Anerkennungstheorien gezeigt werden, dass die Orientierung an diesem Konzept durchaus dazu geeignet sein kann, gerechtigkeitsrelevante Strukturen und Prozesse in freiheitlich-demokratischen Gesellschaften zu verstehen und normativ zu bewerten. Viele, auch konventionell mit anderen Begriffen verbundene, politikphilosophische Problemstellungen können in der Sprache der Anerkennung ausgedrückt und analysiert werden. Trotz der grundsätzlichen Eignung des Begriffes, leidet seine Anwendbarkeit jedoch zweitens massiv unter seiner theoretischen Unterbestimmung im akademischen Diskurs. Besonders die politische Ausgestaltung wird dabei vernachlässigt, was zu normativen Unklarheiten sowohl theoretischer als auch praktischer Art führt. Daraus folgt drittens, dass nicht nur der Versuch, eine generelle Bedeutungsebene herauszuarbeiten, als angebracht erscheint, sondern auch die genuin politischen Dimensionen und Wirksamkeiten des Anerkennungsbegriffs einer Ausdifferenzierung bedürfen. Dies soll vor allem anhand der Identifikation der relevanten Quellen, Adressaten und Mittel von Anerkennung bewerkstelligt und durch konkrete Beispiele der politischen Praxis illustriert werden. Gelingt dieser Schritt auf plausible Art und Weise, kristallisiert sich eine vierte und abschließende These heraus, die sich dann mit guten Gründen rechtfertigen lässt: In der theoretischen Darstellung der politischen Dimensionen des Anerkennungsbegriffs reift die Erkenntnis, dass sich die verengten Sichtweisen der zuvor analysierten Theorien als nur bedingt fähig erweisen, gerechtigkeitsrelevante Anerkennungslücken auszumachen, sie ihren Verursachern zuzuordnen und konstruktive Maßnahmen dagegen vorzuschlagen. Vielmehr ist eine zwar anerkennungsorientierte, aber übergreifende Perspektive nötig, um einerseits normative Kritik angemessen fundieren zu können und andererseits die Möglichkeiten multidimensionaler Kompensationen in den Blick zu bekommen.

Um dies angemessen begründen zu können, ist die vorliegende Arbeit folgendermaßen strukturiert: Im ersten Kapitel stehen die verschiedenen Spielarten der Anerkennungstheorie und deren Abgrenzung zu paradigmatischen liberalen Positionen im Vordergrund. Da gerade die zeitgenössischen Autor\_innen ihre anerkennungsbezogenen Theorien zumeist vor dem Hintergrund und in Abgrenzung zu liberalen Denkmustern entwickeln, erscheint es angebracht, diese wirkmächtige Strömung zumindest als grob skizzierten Gegenentwurf ständig im Blick zu haben. Die Hauptziele des Kapitels sind jedoch, die Ambivalenzen und undeutlichen Verwendungen des Begriffes

herauszustellen sowie die Eindimensionalität der zu untersuchenden Perspektiven hinsichtlich der Anerkennungsbeziehungen in freiheitlichen politischen Ordnungen zu erkennen. Der erste Abschnitt des Kapitels setzt sich mit den Überlegungen von Axel Honneth auseinander, der eine detaillierte theoretische Analyse des Begriffs unternimmt. Mit der Einteilung in die drei Anerkennungssphären „Liebe“, „Recht“ und „Solidarität“, die stark an Hegel angelehnt ist, erhebt Honneth den Anspruch, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit sozialphilosophisch erfassen und ein Bewegungsprinzip der Geschichte identifizieren zu können. Im zweiten Abschnitt soll anhand der Konzeptionen von Charles Taylor und Will Kymlicka der Multikulturalismus als philosophische Konkretisierung des Anerkennungsbegriffs betrachtet werden. Hier steht besonders die Frage im Mittelpunkt, wie mit kultureller Differenz in pluralistischen Gemeinwesen umgegangen werden kann und sollte. Beide Denker verorten politische Anerkennung im einseitigen Verhältnis vom Staat zu seinen Bürgern und können aufgrund dieser Einseitigkeit als Ausgangspunkt für eine vertiefende Ausdifferenzierung der politischen Dimensionen des Anerkennungsbegriffs genommen werden. Im dritten Abschnitt steht die politische Philosophie von Iris Marion Young, die unter dem selbst gewählten Schlagwort „Politik der Differenz“ bekannt geworden ist, im Mittelpunkt. Mit Young, die gewissermaßen die multikulturalistische Position auf viele verschiedene soziale Gruppen innerhalb einer politischen Gemeinschaft ausdehnt, kann zunächst gezeigt werden, dass grundsätzlich legitime Anerkennungsforderungen innerhalb einer freiheitlichen Ordnung in potenziell unlösbare Spannungsverhältnisse mit liberalen Prinzipien treten können. Außerdem behandelt auch Young, die eigentlich die ihrer Ansicht nach problematische liberale Staats- und Distributionsfixierung ablehnt, Anerkennungsstrukturen in erster Linie als einseitige Verteilungsmechanismen hin zu den unterdrückten Gruppen.

Im zweiten Kapitel soll der Begriff der Anerkennung von Grund auf bestimmt und in seine politischen Dimensionen ausdifferenziert werden. Im ersten Abschnitt wird angelehnt an Giovanni Sartori zunächst die methodische Basis der folgenden Begriffsarbeit vorgestellt. Mit Sartori soll gezeigt werden, dass trotz der weit verbreiteten Ansicht, die Begriffsbestimmung sei jeweils eine willkürliche, diskursabhängige Praxis, durchaus Definitionsmöglichkeiten bestehen, die einem Begriff anhand verschiedener Kriterien plausibel substanzielles Gehalt verleihen können. Im zweiten Abschnitt soll dies zunächst anhand einer Annäherung durch Abgrenzung versucht werden. Durch den Vergleich des Anerkennungsbegriffs mit zwei anderen, verwandten und in der Debatte häufig verwendeten Begriffen – Toleranz und Respekt – können bestimmte Merkmale herausgefiltert werden und in eine positive Definition von Anerkennung münden. Diese Vorarbeit bildet dann die Basis für die im dritten Abschnitt unternommene Ausdifferenzierung der

verschiedenen politischen Dimensionen des Anerkennungsbegriffs. Die Untersuchung, die der vielfältigen akademischen Beschäftigung mit dem Thema Rechnung trägt, orientiert sich hierbei an drei Unterscheidungskriterien, die besonders relevant für die Einteilung sind: Zunächst werden die möglichen Adressaten politischer Anerkennung sowie deren dafür relevanten Eigenschaften identifiziert. Daraufhin stehen die möglichen Anerkennungsquellen im Vordergrund, bevor schließlich die Mittel und Ausdrucksweisen von Anerkennung analysiert werden. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben, die Darstellung soll vielmehr als Vorschlag der möglichen Ausdifferenzierung betrachtet werden. Zudem beinhaltet sie bereits einerseits die kritische Auseinandersetzung mit entstehenden Spannungsverhältnissen und versucht andererseits, die gewonnenen theoretischen Erkenntnisse durch konkrete Praxisbeispiele illustrierend zu begleiten. Diese Erkenntnisse sind es auch, die zu der oben bereits kurz erläuterten und im vierten Abschnitt des Kapitels genauer ausformulierten These führen. Mit Hilfe der vorherigen Untersuchung wird zunächst eine Matrix erstellt, die dem Facettenreichtum der politischen Bedeutung des Anerkennungsbegriffs gerecht werden kann. Daraufhin soll gezeigt werden, dass eine zwar anerkennungsorientierte, aber multidimensionale Perspektive auf die Gerechtigkeitsdefizite einer freiheitlich-demokratischen Ordnung sowohl für die normative Kritik, als auch für deren Umsetzung in praktische Maßnahmen ein vielversprechendes theoretisches Instrument darstellt.

Ein Hinweis erscheint noch angebracht: Zwei Voraussetzungen oder Prämissen werden in der folgenden Untersuchung ständig mitschwingen, aber nicht im vollen Maße expliziert werden. Zum ersten wird angenommen, dass sich erst im Spannungsverhältnis mit und der vermeintlichen Opposition zu liberalen Politikentwürfen die volle Relevanz der Anerkennungstheorien entfaltet. Die Ablehnung von liberalen Vorstellungen wie etwa dem methodischen Individualismus, der Neutralität des Staates oder der Fixierung auf gleiche Rechte ungeachtet von Differenz ziehen sich wie ein roter Faden durch die verschiedenen Ansätze. Und auch die Versuche, anerkennungsorientierte Konzepte mit liberalen Denkmustern zu verknüpfen, zeugen offensichtlich nur von der Tatsache, dass der Liberalismus in dieser Debatte eine ständige Präsenz zu haben scheint, sei es als Anfangspunkt der Kritik oder als ergänzungswürdige, aber grundsätzlich plausible Theorie. Dennoch soll hier nicht versucht werden, eine kohärente Version dieses Liberalismus zu entwerfen, gegen die dann eine begriffliche Analyse von Anerkennung womöglich gerichtet sein kann. Denn selbstverständlich kann zum einen diese eine, in sich geschlossene Version gar nicht existieren, während zum anderen ein solches Vorgehen auch strukturell nicht sinnvoll wäre. Vielmehr werden in der Arbeit analog zum häufigen Aufscheinen liberaler Motive im Anerkennungsdiskurs die relevanten Elemente liberaler

Theoriebildung in den einzelnen Teilen behandelt, wodurch Spannungen genauso wie Gemeinsamkeiten sichtbar werden können.

Zum zweiten wird hier die Ansicht vertreten, dass bei der Beschäftigung mit Anerkennung als moralisch-politischem Begriff die Rückbindung zu übergeordneten Gerechtigkeitskonzeptionen nicht verhindern werden kann und soll. Nahezu alle anerkennungsbezogenen Theorien treffen Aussagen über die normativen Erfordernisse im Umgang mit anderen Menschen, erörtern, was in der politischen und rechtlichen Inhaltsbestimmung geboten ist und kritisieren unangemessene Maßnahmen mit wertbezogenen Kriterien. Alle beziehen sich also auf einen Gerechtigkeitsstandard; dessen Explikation wird jedoch nicht immer unternommen. Dennoch ist davon auszugehen, dass zumeist Prinzipien affirmiert werden, die etwa die Autonomie der Einzelnen, die Freiheit vor willkürlichen Eingriffen seitens des Staates oder Privatpersonen sowie die Gleichheit vor dem Gesetz miteinschließen. Deren Ausgestaltung und Gewichtung scheint hingegen der wesentliche Gegenstand der Debatten zu sein. Demensprechend soll hier über diese vage Beschreibung nicht hinausgegangen werden, sondern ähnlich zum Liberalismus der Begriff der Gerechtigkeit in den einzelnen Abschnitten der Untersuchung stets als relevante Hintergrundfolie präsent sein, nicht jedoch in all seinen Facetten und Ambivalenzen ausgestaltet werden. Dies wäre die Aufgabe für eine andere Arbeit.



## **B. Liberalismus in der Kritik – Theorien der Anerkennung**

### **I. Das liberale Narrativ in der Kritik**

Beschäftigt man sich mit der Geschichte des Liberalismus im 20. und 21. Jahrhundert, so lautet ein gängiges Narrativ meist folgendermaßen: Nach den grauenvollen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs entstand in den Nachkriegsjahren ein einzigartiger Konsens sowohl innerhalb des politischen Bereichs als auch in der akademischen Welt der westlichen Länder. Unter Berufung auf die aufklärerischen Ideale der Gleichheit und Freiheit setzte sich politisch die Auffassung durch, Nationalstaaten müssten als Kombination liberaler Prinzipien mit demokratischer Volkssouveränität organisiert sein, um dem Individuum den bestmöglichen Schutz vor staatlicher Willkür zu bieten. Menschenrechte, Würde und Autonomie wurden zu Schlagwörtern, die nicht nur theoretische Debatten bestimmten, sondern auch Eingang in einschlägige Texte des positiven Rechts fanden.<sup>1</sup> Gleichmaßen einigten sich Staatsrechtler, politische Philosophen und Theoretiker auf den Vorrang liberal-demokratischer Grundsätze und begannen, diese in ihren Details auszubuchstabieren. Diese Einigkeit begann zum ersten Mal mit dem Aufkommen verschiedener emanzipatorischer Bewegungen zu bröckeln, darunter die Bürgerrechtsbewegung in den USA, der Feminismus oder die Anti-Kolonialbewegungen der bis dahin fremdbeherrschten Staaten der damals sogenannten „Dritten Welt“. Die Vorwürfe dieser Gruppen schienen sich jedoch erledigt zu haben, als um 1990 mit dem Zusammenbruch der meisten sozialistisch organisierten Staaten die Geschichte den liberal orientierten, westlichen Demokratien vermeintlich Recht gab. Die Ernüchterung folgte jedoch bald darauf, als sich weder eine signifikante Konfliktreduktion im Weltgeschehen abzeichnete, noch die vielfältigen Probleme innerhalb der liberalen Demokratien einer Lösung zugeführt werden konnten. Die Zäsur durch die Terroranschläge des 11. September 2001, die wachsende Globalisierung sowohl der Finanz- als auch der Kommunikationswege und nicht zuletzt globale Bedrohungen wie der Klimawandel verstärkten die Desillusionierung nur noch. Nichtsdestotrotz wird die auf Nationalstaaten beschränkte liberaldemokratische Ord-

---

<sup>1</sup> Erwähnt seien hier nur die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, Präambel sowie Art. 1 und das deutsche Grundgesetz von 1949, Art. 1, Abs. 1.



nung von vielen weiterhin grundsätzlich befürwortet, da die gangbaren Alternativen knapp bemessen sind und somit Ausbau und Ergänzung des liberalen Paradigmas als einzige Möglichkeit angesehen werden, auf die vielfältigen Herausforderungen einer radikal pluralistischen Welt angemessen reagieren zu können.

Nun muss dieses Narrativ – wie wohl jede Geschichte, die Kontinuität verspricht – mit der gebotenen Vorsicht behandelt werden. Eine zweite Version klingt weitaus skeptischer, was den Siegeszug der liberalen Idee betrifft: Politisch war der Liberalismus kaum jemals allgemein akzeptiert, weder in der Zeit vor den beiden Weltkriegen, noch danach. Eine Reihe von konkurrierenden Staatsmodellen – darunter sozialistische, sozialdemokratische oder national-konservative Vorstellungen – prägten bis heute den innerstaatlichen Diskurs der westlichen Demokratien, was nicht nur an der unterschiedlichen Ausrichtung der relevanten Parteien, sondern auch an den gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Diskussionen beinahe aller europäischen Demokratien deutlich abgelesen werden kann. Von einem einhelligen Bekenntnis zur liberalen Demokratie zu sprechen wäre deswegen unangemessen. Noch wichtiger für den Kontext dieser Arbeit ist jedoch die Situation in der Welt der philosophischen und theoretischen Evaluation verschiedener politischer Ordnungsentwürfe. Auch hier herrschte und herrscht eine bemerkenswerte Vielfalt an Überzeugungen. So lassen sich bereits im Vergleich der Denker, die gemeinhin als Wegbereiter des Liberalismus bezeichnet werden, wie Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau, Immanuel Kant oder John Stuart Mill solch deutliche Unterschiede in Konzeption und Zielsetzung feststellen, dass von einer kohärenten Idee des Liberalismus nicht die Rede sein kann. Die Gegenüberstellung von liberalem Minimalstaat und republikanischer Gemeinschaft sowie von Rechtsstaat und radikaler Demokratie entwickelte sich in dieser Zeit und ist bis heute präsent. Gleichzeitig entstand vor allem in Abgrenzung zu Kant und den Vertragstheoretikern eine Denkart, die entgegen künstlicher kontraktualistischer Vorstellungen der Staatsbildung das Modell der organischen Evolution des modernen Staates aufgrund gesellschaftsinhärenter Wirkungen favorisierte. Auch dieser Bereich der politischen Philosophie, dem beispielsweise Georg Wilhelm Friedrich Hegel zugeordnet werden kann, übt bis heute einen nicht unwesentlichen Einfluss auf das politische Denken der westlichen Welt aus.

Noch kleinteiliger wurde diese bereits beträchtliche Ausdifferenzierung nach 1945. Mit der Kritischen Theorie, dem aufkommenden Feminismus, dem Kommunitarismus oder der postmodernen Haltung allgemein entstanden Denkbewegungen, die dem liberalen Paradigma grundsätzlich skeptisch gegenüberstehen. Erst John Rawls gelang es mit der Publikation seines Buches *A Theory of Justice* im Jahr 1971, den Liberalismus wieder auf die

Tagesordnung zu setzen, was eine breite Debatte hervorrief.<sup>2</sup> Mit der Weiterentwicklung seines Konzepts zum *Political Liberalism* in der gleichnamigen Veröffentlichung von 1993 setzte Rawls einen erneuten Meilenstein der liberalen Theorie, der die akademische Diskussion für einige Zeit bestimmte.<sup>3</sup> Doch auch hier ließen die kritischen Repliken nicht lange auf sich warten und angesichts der heutigen Herausforderungen und der häufig konstatierten Unfähigkeit des liberalen Paradigmas, mit diesen angemessen umgehen zu können, scheint es fast so, als wäre die liberale Idee aus der Mode gekommen. Seyla Benhabib konstatierte deswegen im Jahr 1992, dass „[...] der akademische Diskurs der letzten Jahrzehnte, allen voran die sogenannte Postmoderne, ein geistiges Klima [schuf], das die moralischen und politischen Ideale der Moderne, der Aufklärung und der liberalen Demokratie grundsätzlich in Frage stellt.“<sup>4</sup>

Trotz dieser vielleicht realistischeren Lesart der Entwicklung liberaler Ideen muss konstatiert werden, dass bestimmte Grundprinzipien die Jahrhunderte überdauert haben und heute aus der politischen Philosophie nicht mehr wegzudenken sind. Niemand stellt ernsthaft das Recht des Individuums auf Freiheit und Selbstbestimmung in Frage, genauso wenig wie Rechtsstaatlichkeit oder das Konzept der Menschenwürde grundsätzlich abgelehnt werden. Dennoch steht das liberale Paradigma seit geraumer Zeit sowohl politisch als auch akademisch in der Kritik. Besonders hervorgerufen hat sich dabei eine Strömung, die hier zusammenfassend mit der Umschreibung „Politik der Anerkennung“ (im englischsprachigen Raum *politics of recognition*) bezeichnet werden soll. Zwar wurde diese Wendung selbst erst in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts geprägt, ihre Wurzeln, die sich auf Forderungen marginalisierter Gruppen nach Anerkennung und Inklusion gründen, lassen sich jedoch bereits in den bürgerrechtlichen, feministischen und kommunitaristischen Bewegungen der 60er Jahre erkennen.

---

<sup>2</sup> Für einen kurzen Überblick vgl. *Arnesen*, Richard J.: *Justice after Rawls*, in: Goodin, Robert E. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Science*, Oxford 2011, S. 111–126.

<sup>3</sup> Vgl. *Rawls* 1971 und 1993. Vgl. zu liberalen Ansätzen mit etwas anderer Gewichtung etwa *Dworkin*, Ronald: *Sovereign Virtue. The Theory and Practice of Equality*, Cambridge/New York 2000 oder *Ackerman*, Bruce A.: *Social Justice in the Liberal State*, New Haven 1980. Für eine knappe Zusammenfassung dieser Strömungen sowie der politischen Situation in den USA der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts vgl. *Brockner*, Manfred: *Weltanschauliche Differenz oder das Ende der Zivilgesellschaft? Der „Culture War“ in den USA*, in: Kruip, Gerhard/Vögele, Wolfgang (Hrsg.): *Schatten der Differenz. Das Paradigma der Anerkennung und die Realität gesellschaftlicher Konflikte*, Hamburg 2006, S. 275–299.

<sup>4</sup> *Benhabib*, Seyla: *Selbst im Kontext. Kommunikative Ethik im Spannungsfeld von Feminismus, Kommunitarismus und Postmoderne*, Frankfurt a.M. 1995, S. 8.